

A.4 ABKOMMEN ZWISCHEN DER EUROPÄISCHEN SCHULE UND DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR KOHLE UND STAHL

ABKOMMEN MIT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR KOHLE UND STAHL (E.G.K.S.)

Das Abkommen zwischen der Europäischen Schule und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl wurde am 11. Dezember 1957 unterzeichnet.

Zwischen

der Europäischen Schule, ordnungsgemäß vertreten durch Herrn Prof. Dr. Walter HALLSTEIN, Staatssekretär im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland

und der

Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, ordnungsgemäß vertreten durch den Präsident der Hohen Behörde der EGKS, Herrn René MAYER,

sowohl namens der Hohen Behörde als auch namens der übrigen drei Organe der Gemeinschaften aufgrund der am 7. November 1957 von den Präsidenten jedes dieser Organe übertragenen Mandate,

ist in Anbetracht des am 12. April 1957 in Luxemburg unterzeichneten Abkommens über die Satzung der Europäischen Schule

und insbesondere im Hinblick auf Artikel 27 der Satzung, der wie folgt lautet : "Der Oberste Rat kann mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl jedes Abkommen über die Tätigkeit der Schule schließen. Die Gemeinschaft erhält dann einen Sitz im Obersten Rat und im Verwaltungsrat; die Zahl der Mitglieder des Obersten Rates und des Verwaltungsrates wird auf 7 erhöht".

sowie in Anbetracht des Interesses der Organe der Europäischen Gemeinschaften für Kohle und Stahl an der Errichtung eines Kindergartens, einer Grundschule und einer Sekundarschule am Sitz der Gemeinschaft, die den an gleichartige Schulen in den Mitgliedstaaten gestellten Anforderungen entsprechen und von den Regierungen als solche anerkannt werden,

FOLGENDES VEREINBART UND BESCHLOSSEN WORDEN :

Artikel 1 Gemäß Artikel 26, Par. 2 der Satzung der Schule leistet die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl einen Beitrag zu den Kosten der Europäischen Schule - nachstehend "die Schule" genannt - in Form einer jährlichen Zuwendung.

- Artikel 2** Der gemäß den nachstehenden Artikeln 3 und 4 berechnete Subventionsbetrag wird von der Hohen Behörde in ihrem jährlichen Haushaltsvoranschlag aufgenommen und vom Ausschuß der Präsidenten der Organe der Gemeinschaft aufgrund der ihm gemäß Artikel 78 des Vertrages vom 18. April 1951 zustehenden finanziellen Befugnisse beschlossen.
- Artikel 3** Durch die Zuwendung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vermindert sich der gemäß Artikel 13, Absatz 2 der Satzung von den Hohen Vertragschließenden Teilen, welche die Schule gegründet haben, aufzubringende finanzielle Beitrag.
- Artikel 4** Die Zuwendung der EGKS für das Rechnungsjahr 1957/58 (vom 1. Juli 1957 bis 30. Juni 1958) umfaßt :
1. einen Beitrag in Höhe von 45 % des normalen Gesamtbudgets der Schule, d.h. 8.550.000 BEF,
Dieser Betrag ist insbesondere zur Deckung folgender Ausgaben bestimmt :
 - a) der sachlichen Schullasten,
 - b) der Ausgaben für gewisse, in der Personalordnung der Schule vorgesehene finanzielle Zuwendungen und Entschädigungen,
 - c) des Schulgeldes für die Kinder der Mitglieder und der Bediensteten der Organe der Gemeinschaft,
 2. einen Betrag von 3.500.000 BEF als außerordentlichen Beitrag für Lehrmittel und Einrichtungsgegenstände,
 3. einen Betrag von 260.000 BEF als außergewöhnlichen Vorschuß zum Ausgleich eines nicht zugewiesenen Restbeitrags.
- Die Berechnungsgrundlage des Beitrags der Gemeinschaft und der Vertragschließenden Teile wird im Laufe des Rechnungsjahres 1957/58 von den an der Tätigkeit der Schule interessierten Parteien im Hinblick auf die Abschließung eines langfristigen Abkommens über die Verteilung der Ausgaben erneut überprüft.
- Artikel 5** Der Direktor der Schule darf für Zwecke der Schule die allgemeinen technischen Dienste der Gemeinschaft, insbesondere den Dolmetscher- und Übersetzerdienst sowie den Vervielfältigungsdienst in Anspruch nehmen.
- Artikel 6** Gemäß Artikel 27 der Satzung erhält die Gemeinschaft :
1. in der Person des Präsidenten der Hohen Behörde oder dessen Vertreter einen Sitz im Obersten Rat;
 2. in der Person eines Vertreters des Präsidenten der Hohen Behörde einen Sitz im Verwaltungsrat.
- Artikel 7** Der Vorsitzende des Obersten Rates konsultiert die Präsidenten der Organe der Gemeinschaft, bevor der Oberste Rat gemäß Artikel 12 der Satzung den Direktor der Schule ernennt.
- Artikel 8** 1. Der in Artikel 21 der Satzung vorgesehene jährliche Prüfungsbericht wird zu gleicher Zeit dem Ausschuß der Präsidenten der Gemeinschaft und dem Obersten Rat vorgelegt.

2. Ein Ausschuß oder ein Sachverständiger wird mit der Prüfung der Bücher der Schule beauftragt und gemeinsam vom Ausschuß und vom Rat ernannt. Der Bericht wird zu gleicher Zeit dem Ausschuß und dem Rat vorgelegt.

Artikel 9

1. Das vorliegende Abkommen kann von den Parteien nur unter Einhaltung einer mindestens einjährigen Frist, die sich auf ein ganzes, vollständiges Schuljahr erstrecken muß, gekündigt werden.
2. Es kann in gemeinsamem Einvernehmen der Parteien abgeändert werden.
3. Im Falle einer Liquidation der Schule aufgrund eines einstimmigen Beschlusses der Unterzeichner der Schulsatzung und derjenigen, die ihren Beitritt später erklärt haben, kann der Oberste Rat, insbesondere mit den Guthaben der Schule, nach freiem Ermessen verfahren.

Artikel 10

Das vorliegende Abkommen wird in jeweils drei Urschriften in deutscher, französischer, italienischer und niederländischer Sprache verfaßt. Jeder der Vertragschließenden Teile erhält eine Ausfertigung: die dritte wird bei der luxemburgischen Regierung hinterlegt, wo auch die Satzung der Europäischen Schule verwahrt wird.